Niederschrift

über die 16. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt am 25.03.2021 in der Turnhalle der Eider-Treene-Schule.

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:55 Uhr

Anwesend:
- **stimmberechtigt:**
  1. Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke
  2. Stadtverordneter Bernd Güldenpenning
  3. Stadtverordneter Burkhard Beierlein
  4. Stadtverordneter Dietrich Jacobs
  5. Stadtverordnete Gesche Krause
  6. Stadtverordnete Elisabeth Kunde
  7. Stadtverordneter Andreas Pruns
  8. Stadtverordneter Walter Reimers
  9. Stadtverordneter Ingo Schley
  10. Stadtverordneter Heiko Schönhoff
  11. Stadtverordneter Bernd Witt
  12. Stadtverordneter Tobias Tietgen - ab TOP 3 -

Es fehlen entschuldigt:
13. Stadtverordneter Eggert Vogt

Hinweis:
Herr Stadtverordneter Günther Tietgen (SPD) hat mit Wirkung zum 28.02.2021 seinen Rücktritt erklärt. Er lässt sich für diese Sitzung entschuldigen.

Außerdem sind anwesend:

Herr Müllerchen	Presse, Husumer Nachrichten

Sowie 14 Zuhörer*innen

Von der Stadt Friedrichstadt:

Herr Wohlert	Personalrat, Bauhof
Frau Lamp	Stadtmanagerin
Herr Andreas Eucker-Bahnsen	Bauhof, stv. Wehrführer Feuerwehr Friedrichstadt
Herr Ronny Köth	Bauhof, Feuerwehr Friedrichstadt

Vom Amt-Nordsee-Treene:

Herr Langbehn	FB Bürgerdienste und Ordnung
Frau Postel	FB Zentrale Dienste, Protokollantin

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

2.a. Dringlichkeitsanträge

2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

3. Verpflichtung eines bzw. einer Stadtverordneten
4. Verabschiedung eines Stadtverordneten
5. Wahl der bzw. des 1. stellvertretenden Bürgermeisterin bzw. Bürgermeisters
6. Ernennung und Vereidigung der bzw. des 1. stellvertretenden Bürgermeisterin bzw. Bürgermeisters
7. Wahl eines Mitgliedes für den Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales
8. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt
9. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen
10. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses
11. Bestellung einer neuen Vertreterin bzw. eines neuen Vertreters als Delegierter des Städteverbands
12. Wahl einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters zur Gesellschafterversammlung des SH-Landestheaters (Status: "Stiller Gesellschafter")
13. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 15. Sitzung am 04.03.2021
14. Einwohnerfragestunde
15. Eider-Treene-Schule - Vergabe von Dienstleistungsaufträgen durch die Stadt Tönning (Schulträger) - hier: Architektenleistungen im Rahmen der Errichtung eines Schulanbaus
16. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über das Anbringen von Straßennamenschildern und Hausnummern in der Stadt Friedrichstadt
17. Beratung und Beschlussfassung über den Abbau der E-Ladesäule auf dem historischen Marktplatz
18. Beratung und Beschlussfassung über das Anbringen von Markierungsnägeln im Bereich des historischen Kopfsteinpflasters (Markierung der Kreuzungsbereiche - Fünf-Meter-Zone)
19. Bericht der Bürgermeisterin
20. Bericht der Ausschüsse und Delegierten
21. Anfragen der Stadtverordneten
22. Grundstücksangelegenheiten
23. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung

Vorab erfolgen keine Beschlussfassungen über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke (CDU) eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung fest.
Der Stadtverordnete Eggert Vogt (SPD) fehlt entschuldigt. Der Stadtverordnete Günther Tietgen (SPD) hat zum Ende des Monats Februar (28.02.2021) aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt und kann leider an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedrichstadt ist beschlussfähig.

2. Feststellung der Tagesordnung
a) Dringlichkeitsanträge
b) Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

a) Dringlichkeitsanträge

Es wird aufgrund sich nachträglich ergebener Sachverhalte um Erweiterung der Tagesordnung gebeten:

Neu 8. Wahl eines Mitgliedes für den Finanz- und Kommunalausschuss

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend:

Aktualisiert:
9. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt
10. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen
11. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses
12. Bestellung einer neuen Vertreterin bzw. eines neuen Vertreters als Delegierter des Städteverbands
13. Wahl einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters zur Gesellschafterversammlung des SH-Landestheaters (Status: "Stiller Gesellschafter")

Neu 14. Wahl zweier Mitglieder und deren Stellvertreter für den Beirat des dänischen Kindergartens (Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.)

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend:

Aktualisiert:
15. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 15. Sitzung am 04.03.2021
16. Einwohnerfragestunde
17. Eider-Treene-Schule - Vergabe von Dienstleistungsaufträgen durch die Stadt Tönning (Schulträger) - hier: Architektenleistungen im Rahmen

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

der Errichtung eines Schulanbaus
18. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über das Anbringen von Straßennamenschildern und Hausnummern in der Stadt Friedrichstadt
19. Beratung und Beschlussfassung über den Abbau der E-Ladesäule auf dem historischen Marktplatz
20. Beratung und Beschlussfassung über das Anbringen von Markierungsnägeln im Bereich des historischen Kopfsteinpflasters (Markierung der Kreuzungsbereiche - Fünf-Meter-Zone)
21. Bericht der Bürgermeisterin
22. Bericht der Ausschüsse und Delegierten
23. Anfragen der Stadtverordneten
24. Grundstücksangelegenheiten - nicht öff. -

Neu 25. Finanz- und Personalangelegenheiten

Der nachfolgende Tagesordnungspunkt „Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung“ verschiebt sich entsprechend und wird nun unter TOP 26 geführt.

Der Änderung der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

b) Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Es wird beantragt die Tagesordnungspunkte

Alt: 22. / Neu 24. Grundstücksangelegenheiten
Neu 25. Finanz- und Personalangelegenheiten

aufgrund personenbezogener Daten (Datenschutz) unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Es wird einstimmig beschlossen, die o.g. zwei Tagesordnungspunkte nicht-öffentlich zu beraten.

3. Verpflichtung eines bzw. einer Stadtverordneten

Da der Stadtverordnete Günther Tietgen mit Wirkung zum 28.02.2021 aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt hat, folgt auf ihn nach Bekanntmachung durch den Wahlleiter, Herr Tobias Tietgen (SPD) als neuer Stadtverordneter. Dieser hat sein Einverständnis erklärt und wird entsprechend von der Bürgermeisterin und den Stadtverordneten herzlich begrüßt. Alle Anwesenden erheben sich. Bürgermeisterin Möller-v. Lübcke verpflichtet Tobias Tietgen auf dessen gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in das Amt als Stadtverordneter ein.

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

4. Verabschiedung eines Stadtverordneten

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke würdigt mit einer Aufzählung der einzelnen Tätigkeiten das langjährige ehrenamtliche Engagement von Günther Tietgen (SPD). Leider ist es ihm aus persönlichen Gründen nunmehr nicht mehr möglich, sein Engagement fortzusetzen. Wenn sich jemand für die Belange Friedrichstadts engagiert habe, so Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke, dann sei dies Günther Tietgen. Sie habe ihn engagiert, aber auch streitbar, jedoch nie nachtragend und immer geradeheraus erlebt.

Leider kann er an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen und lässt sich durch seinen Sohn Tobias Tietgen entschuldigen.

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke und die weiteren Stadtverordneten wünschen dem ehemaligen Stadtverordneten Günther Tietgen alles erdenklich Gute.

Es folgen die sich daraus ergebenen Wahlen. Es wird offen abgestimmt. Es wird keine geheime Wahl beantragt.

5. Wahl der bzw. des 1. stellvertretenden Bürgermeisterin bzw. Bürgermeisters

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke bittet um Vorschläge. Aus der Stadtverordnetenversammlung wird seitens der SPD-Fraktion der Stadtverordnete Walter Reimers (SPD) vorgeschlagen. Der Stadtverordnete Walter Reimers erklärt, dass er die Wahl annehmen würde. Es werden keine weiteren Vorschläge vorgebracht.

Der Stadtverordnete Walter Reimers wird bei eigener Enthaltung zum 1. stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	1

6. Ernennung und Vereidigung der bzw. des 1. stellvertretenden Bürgermeisterin bzw. Bürgermeisters

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke ernennt den Stadtverordneten Walter Reimers zum 1. stellvertretenden Bürgermeister und händigt ihm die Ernennungsurkunde aus. Er leistet den Beamteneid.

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke und die weiteren Stadtverordneten beglückwünschen den neuen 1. Stellvertretenden Bürgermeister Walter Reimers.

7. Wahl eines Mitgliedes für den Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales

Folgende/r Stadtverordnete/r bzw. folgendes bürgerl. Mitglied wird vorgeschlagen:

Nicht öffentlich! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD)

Dieser wird einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

8. Wahl eines Mitgliedes für den Finanz- und Kommunalausschuss

Folgende/r Stadtverordnete/r bzw. folgendes bürgerl. Mitglied wird vorgeschlagen:

Karl-Heinz Iwers als bürgerl. Mitglied (SPD)

Karl-Heinz Iwers wird als bürgerl. Mitglied einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Die Verpflichtung als bürgerliches Mitglied erfolgt im entsprechenden Ausschuss.

9. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt

Folgende/r Stadtverordnete/r bzw. folgendes bürgerl. Mitglied wird vorgeschlagen:

Doreen Stümpel (SPD) als bürgerliches Mitglied

Doreen Stümpel (SPD) wird als stv. bürgerliches Mitglied einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Vorbeugende Veröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

10. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen

Folgende/r Stadtverordnete/r bzw. folgendes bürgerl. Mitglied wird vorgeschlagen:

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD)

Stadtverordneter Tobias Tietgen wird einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

11. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses

Folgende/r Stadtverordnete/r wird vorgeschlagen:

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD)

Stadtverordneter Tobias Tietgen wird einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

12. Bestellung einer neuen Vertreterin bzw. eines neuen Vertreters als Delegierter des Städteverbands

Folgende/r Stadtverordnete/r bzw. folgendes bürgerl. Mitglied wird vorgeschlagen:

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD)

Stadtverordneter Tobias Tietgen wird einstimmig bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

13. Wahl einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters zur Gesellschafterversammlung des SH-Landestheaters (Status: "Stiller Gesellschafter")

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD)

Stadtverordneter Tobias Tietgen wird einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

14. Wahl zweier Mitglieder und deren Stellvertretern für den Beirat des dänischen Kindergartens (Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.)

Es werden wie folgt zwei Mitglieder vorgeschlagen:

Stadtverordnete Gesche Krause (FBV) - CDU/FBV-Fraktion -
Stadtverordneter Heiko Schönhoff (SSW) - SSW-Fraktion und SPD-Fraktion -

Beide werden einstimmig gewählt.

Für die zwei Stellvertreter werden wie folgt vorgeschlagen:

Stadtverordnete Elisabeth Kunde (CDU) - CDU/FBV-Fraktion – wird einstimmig gewählt.

Stadtverordneter Andreas Pruns (SSW) - SSW-Fraktion und SPD-Fraktion – wird bei eigener Enthaltung gewählt.

15. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 15. Sitzung am 04.03.2021

Die Niederschrift wird mit einer Enthaltung beschlossen.

16. Einwohnerfragestunde

Modellversuch „Zu Fuß in Friedrichstadt“

Herr Jan Stümpel ist ortsansässiger Buchhändler und überreicht als Vertreter von aktuell 35 Personen, die im betroffenen Bereich selbständig wirtschaftlich tätig sind, eine Stellungnahme.

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

Ferner hat er folgende Fragen:

1.) In welchem Aussschuss wird die Stellungnahme behandelt und wann wird dies voraussichtlich erfolgen. Wie soll das Gewerbe an den Überlegungen zum Modellversuch beteiligt werden?

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke berichtet über die geplante Umfrage für die Friedrichstädter Haushalte, die von neutralen Dritten ausgewertet werden soll. Da die Gremiensitzungen aufgrund der Pandemie derzeit so selten wie möglich erfolgen sollen, kann zu einem Termin noch nichts weiter mitgeteilt werden. Mit der Umfrage erfolge aus ihrer Sicht eine umfangreiche Bürgerbeteiligung. Über die Ausführlichkeit der erfolgten Information via Flyer lasse sich natürlich diskutieren und hier könne sie entsprechende Reaktionen auch verstehen. Allerdings habe die Flyer Aktion auch gezeigt, dass die Diskussionskultur in Friedrichstadt teilweise problematisch sei. So wäre die Stadtplanerin mitunter nicht akzeptablen Anfeindungen ausgesetzt gewesen. Dies sei grundsätzlich nicht akzeptabel und darüber hinaus habe gerade sie stets alle positiven wie negativen Stimmen inkl. Bedenken und Anregungen gerne entgegengenommen und teilweise auch intensiv diskutiert. Die Kompromiss- und Konsensfähigkeit eines jeden solle beim Modellversuch zwar nicht über die Maßen hinaus belastet werden. Aber aufgrund der gescheiterten Versuche der vergangenen Jahrzehnte sei es aus ihrer Sicht an der Zeit, zumindest einen Versuch zu wagen und von diesem Erkenntnisse für eine mögliche dauerhafte Lösung zu gewinnen. Ein Versuch stehe nicht für endgültige Entscheidungen. Er sei jedoch im Rahmen der Entscheidungsfindung eine große Hilfe. Er gibt konkrete Einblicke in Situationen, die ohne ihn nur „angenommen“ werden können. Und die Stadtverordneten haben sich im März 2020 dazu entschieden, mit Frau Skala eine Stadtplanerin einzustellen, die als Juristin und Stadtplanerin einen fachlich kompetenten Blick von außen mitbringe, da eine Betrachtung der Problematik von intern nicht mehr zu einem Ziel geführt habe.

2.) Das Gewerbe befinde sich derzeit in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Der Modellversuch würde einen gravierenden Eingriff in das wirtschaftliche Handeln darstellen. Die Gewerbetreibenden würden daher gerne wissen, wer den wirtschaftlichen Schaden trage bzw. für diesen aufkomme und welche Verantwortung die Stadt dabei trage.

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke verweist darauf, dass es sich hierbei um juristische Fragen handle, die jeweils im Einzelfall geprüft werden müssten. Sie leite dies jedoch an die Stadtplanerin weiter.

3.) Herr Stümpel erkundigt sich, ob die Stadt Friedrichstadt die Aktion der Wirtschaftsförderung unterstütze: „Von hier, gefällt mir!“ – welche der Stärkung des lokalen Handels dienen solle.
Denn der Modellversuch scheint dieser regionalen Aktion entgegenzustehen, da er aus der Sicht der örtlichen Gewerbetreibenden genau das Gegenteil bewirken würde, indem die Kunden der Altstadt fernbleiben würden. Daher würde er sich gerne erkundigen, wie die Stadtverordneten im Allgemeinen der o.g. Imagekampagne gegenüberstehen.

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke betont, dass es sich um eine hervorragende Kampagne handelt, die nur begrüßt und auch unterstützt werden kann.

Sie erkundigt sich bei den Stadtverordneten, ob diese sich äußern möchten.

Vorabveröffentlichung Beschlüsse stehen unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht

Stadtverordneter Bernd Güldenpenning (FBV) teilt daraufhin mit, dass sich bei Herrn Stümpel für die sachlichen Anmerkungen bedanken möchte. Die Botschaft als solche sei angekommen. Die Sorgen der personengeführten Betriebe innerhalb der Altstadt werden ernst genommen.

Ferner werden im Rahmen der Einwohnerfragestunde noch folgende Fragen gestellt:

1. Modellversuch: Wie wird sichergestellt, dass alle Bürger*innen die Umfrage erhalten?

   Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke teilt mit, dass die Verteilung via Postversand im Rahmen eines gesonderten Auftrages erfolge. Hier können aber nur alle Haushalte bedacht werden, die die Post beliefern darf. Eine Zustellung an alle Bürger*innen ist somit nicht möglich. Ferner soll die Umfrage lediglich ein Meinungsbild wiedergeben, welches mit den erhaltenen Rückmeldungen abzugleichen ist. Sie soll bei der Meinungsbildung der Stadtverordneten behilflich sein; hat selbst aber keine Verbindlichkeit.

2. Modellversuch: Welche neutralen Dritte sind gemeint?

   Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke teilt mit, dass die Amtsverwaltung gebeten worden ist, Mitarbeiter*innen zur Verfügung zu stellen.

3. Stand des Hausbootparks? Sei der Bürgermeisterin bekannt, dass der Investor möglicherweise einen anderen Standort suche?

   Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke teilt mit, dass die Stadt lediglich in den Verlauf des Bauleitplanverfahrens involviert sei. Sämtliche projektbezogenen, internen Überlegungen des Investors bzw. Absprachen zwischen diesem und dem künftigen Standortpartner sind der Stadt nicht bekannt.

4. Stadtverordnetenversammlung v. 04.03.2021: Es wird sich nach dem Grund für die massive Polizeipräsenz erkundigt.

   Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke erläutert, dass das Polizeifahrzeug im Rahmen einer Bitte in Bezug auf die Überprüfung der Hygienevorschriften vor Ort vorbeigefahren ist. Im Rahmen des Einwohnerantrages war nicht klar, mit wie vielen Personen zu rechnen gewesen sei und bei zu vielen Zuschauer*innen hätten die Stadtverordneten ggf. Unterstützung bei der Durchsetzung der Einhaltung der Vorschriften benötigt (z.B. Mindestpersonenzahl).
   Sie sei dankbar, dass die Polizei trotz der vielzähligen Aufgaben stets so unkompliziert zur Verfügung stehe. Dies sei nicht selbstverständlich.

5. Abbau E-Ladestation (Marktplatz): Gibt es künftig Ersatz?

   Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke verweist auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt, da dieser auch diese Frage beinhalte und bittet darum, die Diskussion der Stadtverordneten zu diesem Tagesordnungspunkt abzuwarten.

6. Nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte: Diese mögen bitte im Protokoll veröffentlicht werden.

Vorabversendung zur Beschlussfassung über die Veröffentlichung erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke verweist darauf, dass eine Veröffentlichung im Protokoll vom 04.03.2021 erfolgt sei. Dieses sei jedoch aufgrund der kurzen Zeitspanne zwischen jener und der aktuellen Sitzung noch nicht vorveröffentlicht. Der Datenschutz überwiege aber auch hier die Informationspflicht. Daher können einige Punkte ggf. nicht widergegeben werden, wenn sie Rückschlüsse auf personenbezogene Daten zulassen.

7. Einwohnerversammlung: Es wird sich nach der Durchführung einer Einwohnerversammlung und entsprechenden Themen erkundigt.
   Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke verweist auf die aktuelle, weltweite Pandemie und das stetig steigende Infektionsgeschehen sowie die diesbezüglichen Vorgaben in Bezug auf die Begrenzung von Versammlungen. Anfragen zu aktuellen Projekten können gerne bei der zuständigen Verwaltung gestellt werden. Diese erteilt dann Auskunft. Zudem gäbe es derzeit keine aktuellen Themen, die ein solches Risiko rechtfertigen würden. Hier läge eine rationale Güterabwägung zugunsten des Schutzes der Bürger*innen vor. Der Modellversuch sei zwar ein mögliches Thema für eine Einwohnerversammlung, werde aber mittels geplanter Umfrage direkt jedem Haushalt zugetragen, ohne sich damit negativ auf das Infektionsgeschehen auszuwirken.

8. Bezüglich der Sichtachse auf dem Marktplatz wird behauptet, dass die Bürgermeisterin dem zuständigen Ausschuss, der darüber entschieden habe, verschwiegen habe, dass diese im zuständigen Verkehrsausschuss abgelehnt worden sei.
   Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke korrigiert dies dahingehend, dass es sich nicht um einen Verkehrsausschuss, sondern um eine Arbeitsgruppe ohne Stimmrechte gehandelt habe, die zudem in Ermangelung von Arbeitsergebnissen nicht weiter fortgeführt worden sei, da auch schon zum damaligen Zeitpunkt nur Ablehnung und keine Kompromissbereitschaft vorgeherrscht habe und auch keine Einbringungen konstruktiver Vorschläge erfolgt sei. Zudem seien die Aussagen der Gewerbetreibenden in die Überlegungen eingeflossen. Die Idee für die Sichtachse stamme von der damals im Praktikum befindlichen Stadtplanerin. Sie werde dies aber eingehend auf schriftlichem Wege beantworten. Die Bedenken der Gewerbebetriebe seien berücksichtigt worden. Es wird sich nach einem Protokoll erkundigt. Ein solches wurde nicht erstellt.

   Nachträglicher Hinweis der Verwaltung: Im Protokoll des zust. Ausschusses v. 06.06.2019 heißt es wie folgt:
   Mit Inkrafttreten der Landesverordnung über den „Hist. Stadtkern Friedrichstadt“ ist der Stellenwert des Giebelhausensembles am Marktplatz noch einmal zusätzlich gestiegen. Um dem vielfach von Touristen fotografierten Ensemble den Platz einzuräumen, den der historische Stellenwert erfordert, besteht die Planung, eine freie Sichtachse zu schaffen. Dies würde die Unterteilung des Marktplatzes erfordern und würde derart einen Kompromiss zur eigentlich seitens des Denkmalschutzes anvisierten und vollständigen Beruhigung des Marktplatzes darstellen. ***Dieser Kompromiss würde entsprechend zugunsten der umliegenden Gewerbebetriebe erfolgen, die kommuniziert haben, dass auf den Marktplatz – zumindest in Hinsicht auf eine begrenzte Parkdauer – nicht verzichtet werden könne.***

9. Es wird sich erkundigt, weshalb der Tourismusverein einen Investor akquiriert habe, der nun in der Westermarktstraße Ferienwohnungen baue.

Vorabversion des Beschlussprotokolls – Veröffentlichung erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke sei dies nicht bekannt und eine derartige Akquise sei auch nicht Aufgabe des Tourismusvereines bzw. der zust. Stadtangestellten. Daher könne es sich hier nur um ein Missverständnis handeln.

10. Es wird sich danach erkundigt, weshalb man ein Mehrgenerationenhaus im Bereich des Parkplatzes Westerlilienstraße plane und dafür nicht das alte Zollhaus in der Straße Am Deich nutze.
Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke erläutert, dass es sich um eine Quartiersentwicklung im Rahmen des Projektes Zukunftsstadt handle. Hier solle eine zukunftsgerichtete Wohnform von Friedrichstädtern in Bezug auf aktuelle und künftige Bedürfnisse erarbeitet werden. Da man sich bereits in der dritten und damit der abschließenden Phase des Projektes befinde, stünde der Standort entsprechend seit längerem fest. Zudem, so der zuständige Ausschussvorsitzende, Burkhard Beierlein (CDU) stehe das alte Zollhaus zukünftig ggf. nicht nur äußerlich, sondern auch in Bezug auf die inneren Räumlichkeiten unter Denkmalschutz, sollte die Prüfung des Landesamtes für Denkmalschutz entsprechend ausfallen. Dies bedeute, dass dort keine anderweitige Ausgestaltung möglich sei und zudem ein horrender Investitionsstau v. 1 Mio. und mehr zu bewältigen sei. Außerdem solle dort noch immer aufgrund gültiger Konzepte eine Sichtachse eingerichtet werden.

17. Eider-Treene-Schule - Vergabe von Dienstleistungsaufträgen durch die Stadt Tönning (Schulträger) - hier: Architektenleistungen im Rahmen der Errichtung eines Schulanbaus

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke verweist an den Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt, Herrn Beierlein (CDU).

Dieser berichtet über das erfolgte Vergabeverfahren, welches seitens der Stadt Tönning unter Inanspruchnahme der GM.SH erfolgt ist und bittet seitens der Stadt Friedrichstadt - da Eigentümerin von Flächen und Gebäude sowie indirekte Kostenträgerin - um Bestätigung.

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die Vergabe einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Vorabexemplar ohne Beschlussfassung über Verwendung erfolgt erst in der Niederschrift

18. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über das Anbringen von Straßennamenschildern und Hausnummern in der Stadt Friedrichstadt

Die bisherige Fassung der Satzung über das Anbringen von Straßennamen- und Hausnummernschildern der Stadt Friedrichstadt stammt aus dem Jahre 1972 (29.06.1972).

Die nunmehr angestrebte Neufassung enthält folgende wesentliche Änderungen:

- Änderung des unter § 3 (ehemals § 4) der Satzung bestimmten Zwangsgeldes von 50 DM auf nunmehr 26,00 €
- Hausnummernschilder sind rechts neben dem Hauseingang in einer Höhe von 1,50 m bis 2,00 m hoch anzubringen (statt vorher: 2-2,40 m)
- Bei mehr als 15 m tiefen Vorgärten sind die Schilder neben dem Grundstückseingang gut sichtbar anzubringen (statt vorher: 10 m)
- Gendergerechtere Formulierungen
- Neu: § 4 Personenbezogene Daten

Der Entwurf liegt allen Stadtverordneten vor. Stadtverordneter Bernd Güldenpenning äußert sich zur Höhe des darin vorgesehenen Zwangsgeldes. Das Zwangsgeld von 26,00 Euro erscheint ihm zu gering. Er spricht sich für 100,00 Euro aus. Wer die Stadt trotz geltender Rechtslage unnötig beschäftige, der dürfe dafür auch gerne zahlen, so seine Auffassung. Es wird diskutiert. Die Anregung solle umgesetzt werden.

Der Entwurf wird mit folgenden Änderungen beschlossen:
§ 3 statt 26,00 Euro Zwangsgeld sind 100,00 Euro Zwangsgeld einzufügen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

19. Beratung und Beschlussfassung über den Abbau der E-Ladesäule auf dem historischen Marktplatz

Die Stadtmanagerin Frau Lamp hat diesbezüglich eine Beschlussvorlage erstellt. Diese liegt allen vor.

Die auf dem Markt stehende E-Ladesäule mit zwei Ladeanschlüssen wurde im Jahr 2016 in Kooperation mit der Eider-Treene-Sorge GmbH im Rahmen des Projektes „E-Ladeinfrastruktur“ aufgestellt. Hierbei handelt es sich um ein Leader-Förderprojekt mit einer Zweckbindungsfrist von fünf Jahren. Eigentümer der E-Ladesäulen ist die Eider-Treene-Sorge GmbH. Die Stadt Friedrichstadt als Projektpartner und Grundstückseigentümer hat sich verpflichtet, für den Zeitraum der Zweckbindung den Strom an Nutzer ohne Nutzungsentgelt zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Friedrichstadt bezieht den Strom von einem externen Anbieter. Ihr entstehen hierbei Kosten. Mit dem Projekt sollte ein Impuls für den Aufbau einer Infrastruktur von E-Ladesäulen in der Region gesetzt werden. Zwischenzeitlich haben auch privatwirtschaftliche Anbieter mit der Errichtung von E-Ladesäulen begonnen. So steht auf dem Parkplatz P3 Am Hafen eine E-Ladesäule mit zwei Ladeanschlüssen eines

Nicht veröffentlichungsfähig! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

externen Anbieters. Die Stadt Friedrichstadt ist nach Ende der Zweckbindungsfrist nun nicht mehr an eine unentgeltliche Nutzungsbereitstellung am bisherigen Standort gebunden. Aus Sicht der Eider-Treene-Sorge GmbH wird eine weitere Förderung in Form einer unentgeltlichen Lademöglichkeit als nicht mehr notwendig erachtet. Für die Stadt Friedrichstadt ergibt sich somit ein Handlungsspielraum hinsichtlich des weiteren Betriebes sowie des Standortes. Es wird im Zusammenhang mit dem Parkraumkonzept empfohlen die E-Ladesäule auf dem Markt ersatzlos abzubauen. Zur Attraktivierung der Außenparkplätze P1, P2 und P3 kann die dortige Errichtung von E-Ladesäulen angestrebt werden. Darauf weist auch das „Intermodale E-Mobilitätskonzept Eiderstedt“ (IMKE) hin: „In Friedrichstadt lohnt sich eine Gesamtbetrachtung, da sich viele der Sehenswürdigkeiten in einem fußläufigen Radius befinden. In der Stadtmitte ist bereits eine Ladestelle vorhanden, so dass wir empfehlen, Ladestellen bevorzugt in der Peripherie oder am Bahnhof (ggf. an einer Mobilstation) zu errichten. Dadurch würde das Bemühen um eine Reduzierung des Autoverkehrs im historischen Zentrum unterstützt. Schließlich verursachen auch E-Fahrzeuge auf Kopfsteinpflaster Lärmemissionen und beanspruchen Parkraum.“ Hierfür kann die Stadt Friedrichstadt selbst Betreiber werden oder aktiv auf externe Anbieter zugehen. Die Kosten einer Elektroladestation setzen sich vorrangig aus den Anschaffungs- und den Installationskosten sowie Folgekosten für Betrieb und Wartung zusammen. Derzeit gibt es eine Vielzahl von Herstellern, bei denen eine Ladestation erworben werden kann. Die Anschaffungskosten liegen bei etwa 5.000,00 EUR. Die Kosten für die Installation der Ladeeinrichtung, d.h. Anschluss-, Fundamentierungs- und Markierungsarbeiten, sind abhängig vom jeweiligen Standort. Das Land Schleswig-Holstein hat ein Interesse am Ausbau der Infrastruktur, sodass eine Akquirierung von Fördermittel ggf. möglich ist. Die Bereitstellung einer E-Ladesäule ist eine freiwillige Aufgabe, bei der die Stadt die erforderlichen rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen hat und das betriebswirtschaftliche Risiko trägt. Externer Betreiber einer E-Ladesäule Mittlerweile bauen Wirtschaftsunternehmen die E-Ladesäulen-Infrastruktur in unserer Region weiter aus. Für den weiteren Ausbau der E-Ladesäulen auf den Außenparkplatze P1, P2 und P3 kann der Kontakt zu externen Betreibern aufgenommen werden, um das Interesse zu erkunden.

Es wird seitens des Stadtmanagements wie folgt empfohlen:

A) Abbau der E-Ladesäule auf dem Markt
B) Errichtung von E-Ladesäulen auf einem Außenparkplatz durch die Stadt Friedrichstadt mit kostenpflichtiger Stromabnahme für den Nutzer
C) Alternative 1: Errichtung von E-Ladesäulen auf einem Außenparkplatz durch die Stadt Friedrichstadt mit kostenfreier Stromabnahme für den Nutzer
D) Alternative 2: Errichtung weiterer E-Ladesäulen durch externe Betreiber

Es wird rege diskutiert. Grundsätzlich sprechen sich die Stadtverordneten dagegen aus, Eigentümern von E-Fahrzeugen künftig weiterhin die Stromkosten zu finanzieren. Dies sei bei aller Liebe zur notwendigen Förderung der Nutzung von E-Fahrzeugen nicht Sinn und Zweck der Angelegenheit.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich einstimmig gegen die Varianten B und C aus.

Sie beschließen einstimmig Buchstabe A) Abbau der E-Ladesäule auf dem Markt in Kombination mit D) Alternative 2: Errichtung weiterer E-Ladesäulen durch externe Betreiber, jedoch mit folgender Ergänzung: auf den Parkplätzen außerhalb der historischen Altstadt.

Abstimmungsergebnis:
Gesetzliche Mitgliederzahl: 13
Davon anwesend: 12

Vorabexemplar! Die Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung ist noch zu genehmigen!

Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

20. Beratung und Beschlussfassung über das Anbringen von Markierungsnägeln im Bereich des historischen Kopfsteinpflasters (Markierung der Kreuzungsbereiche - Fünf-Meter-Zone)

Die Beschlussvorlage liegt allen anwesenden Stadtverordneten vor. Pandemiebedingt wurde eine Behandlung der Thematik im zuständigen Ausschuss vermieden, um die Gremiensitzungen auf ein unvermeidliches Maß zu beschränken. Die Entscheidung erfolgt daher in der Stadtverordnetenversammlung.

Das anhaltende Problem, dass Fahrzeuge die 5m-Kreuzungsbereiche in den engen Straßen im historischen Stadtkern beparken. Die Folgen sind mitunter gravierend. Nicht nur die Müllabfuhr hat große Mühe bei zugeparkten Kreuzungen durch die engen Straßen zu gelangen, auch Rettungsfahrzeugen ist es manchmal kaum möglich bei Einsätzen zur Gefahrenstelle zu gelangen.

Das Parken in diesen Bereichen ist gem. § 12 Abs. 3 Nr. 1 StVO unzulässig, dennoch scheint dies nicht jedem bewusst. Deshalb kam die Idee die Kreuzungsbereiche mittels sogenannter Alumarkierungsnägel hervorzuheben bzw. sichtbarer zu machen. Hierfür könnten jeweils 5 Alumarkierungsnägel im Bereich vorhandener Parkstreifen eingeschlagen werden. Dies ist mittels eines einfachen Gummihammers möglich. Für diese Methode muss weder gebohrt, noch geklebt werden. So würden die Fahrzeugführer künftig auf die entsprechenden Abstände aufmerksam gemacht. Ein versehentliches Verschätzen wäre dadurch nicht mehr möglich. So könnten Rettungsdienst, Feuerwehr und auch Entsorger im Rahmen ihrer teilweise schwierigen Manövrierfahrten in der historischen Altstadt entlastet werden. Das zuständige Landesamt für Denkmalpflege SH ist mit dem Vorhaben einverstanden.

Kosten:
Alumarkierungsnägel mit Schaft zum Einschlagen ohne Reflexlinsen (Durchmesser: 10 cm). Um alle Kreuzungsbereiche, in denen mindestens auf einer Straßenseite geparkt werden darf, im historischen Stadtkern hiermit auszustatten, werden ca. 575 Alumarkierungsnägel benötigt. Dies entspricht ca. 3.200,- € zzgl. Mehrwertsteuer u. Versandkosten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Anschaffung von Alumarkierungsnägeln zur Anbringung im Bereich der 5m-Kreuzungsbereiche im gesamten historischen Stadtkern.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl:	13
Davon anwesend:	12
Gem. § 22 GO ausgeschlossen:	0
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Vorläufige Niederschrift – Beschlussfassung über die Niederschrift erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

21. Bericht der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke berichtet wie folgt:

Der Aushub auf dem Gelände des zukünftigen Aktivparks (Treeneufer/Treenefeld) wird derzeit beprobt und dann nach Einstufung der erforderlichen Art der Entsorgung abgefahren. Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke hofft, dass die eigentlichen Arbeiten zur Gestaltung der Fläche zeitnah weitergehen können.

22. Bericht der Ausschüsse und Delegierten

Ausschuss für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt

Der Ausschuss hat pandemiebedingt nicht getagt. Der Vorsitzende, Burkhard Beierlein (CDU), teilt wie folgt mit:

- Vertretung im Bauamt. Herr Buchholz hat sich trotz der vielschichtigen Aufgaben, die Friedrichstadt mit sich bringt, schnell eingelebt und die Zusammenarbeit verläuft sehr gut.
- Das unerlaubte Befahren des Grandweges im Bereich des Aktivparks bis zur Appollobrücke stellt weiterhin ein Problem dar. Hier muss eine Lösung erarbeitet werden. Die vorhandenen Poller schrecken offenkundig niemanden ab. Es ist sehr bedauerlich, dass sich Personen hier über geltende Vorgaben hinwegsetzen.
- Bauvorhaben „Neubau Feuerwehrgerätehaus“: Hier soll nach Möglichkeit insbesondere intensiv darauf geachtet werden, dass dieses Bauvorhaben mit den anderen beiden Bauvorhaben (Anbau Schule, Neubau Sporthalle) ausreichend koordiniert wird. Dies wird auch im Rahmen des Vergabeverfahrens thematisiert, weil die Bautätigkeiten sowie die Anlieferung und Lagerung von Baumaterialien im Rahmen aller drei dort befindlicher Bauvorhaben eine große Herausforderung darstellen.
- Eider-Treene-Schule – hier: Schulwäldchen: Die jahrelange Aufstauung des Gewässers führt dazu, dass die vorhandenen Bäume bei geringen Windstärken umstürzen, weil die Wurzeln im aufgeweichten Boden keine Haftung finden. Seit 2017 waren daher die vorhandenen Staustufen ein Dauerthema, welches in diverse Korrespondenzen und Terminen mit den zuständigen Behörden erörtert worden ist. Nunmehr konnte endlich ein Erfolg verzeichnet werden und Herr Beierlein dankt Herrn Langbehn dafür, dass er hier beharrlich geblieben ist. Die Staustufen erfüllen keinen notwendigen Zweck mehr und können vom zuständigen Wasserverband nun entfernt werden. Die Entfernung wird sich noch etwas abenteuerlich gestalten, da keine direkte Zuwegung vorhanden ist. Aber auch hier ist man zuversichtlich, dass dieses Problem gelöst werden kann.

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Ordnungswesen

Der Ausschuss hat pandemiebedingt nicht getagt. Der Vorsitzende Eggert Vogt (SPD) fehlt entschuldigt. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Gesche Krause (FBV), verweist u.a. auf das Thema „Alumarkierungsnägel“, welches in Bezug auf die Thematik Ordnung/Verkehr in diesem Ausschuss hätte behandelt werden sollen. Sie bekräftigt aber, dass aufgrund der alarmierenden Situation auf so viele Sitzungen wie möglich verzichtet werden

Vorabversion ohne Berücksichtigung von Änderungen erfolgt erst in der kommenden Sitzung!

müsse und begrüßt es daher, dass das Thema als sinnvoll und damit unstrittig gesehen wird und heute in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist.

Finanz- und Kommunalausschuss

Der Ausschuss hat pandemiebedingt nicht getagt. Der Vorsitzende, Bernd Güldenpenning (FBV), teilt mit, dass er das aktuelle Wahlgeschehen verfolgt habe und verweist anlässlich der Pandemie auf die im September stattfindenden Bundestagswahlen und die wahrscheinlich damit verbundenen, erhöhten Auflagen im Bereich des Infektionsschutzes.
Es werden vermutlich andere Gebäude beansprucht werden müssen (hier: u.a. Turnhallen) und es bedarf auch eines größeren Personal- und Sachmittelbedarfs (Desinfektion, Kontrollen der Abstände, u.a.). Er plädiert dafür, bereits frühzeitig einen Wahlhelferaufruf zu veranlassen (Sommerferien). Fraglich seien für ihn auch die Auswirkungen eines gesteigerten Briefwahlaufkommens. Mit den üblichen Kapazitäten sei dies sicherlich nicht zu bewältigen.
Er werde die Thematik weiter beobachten und Rücksprache mit dem Amt Nordsee-Treene halten.

Ausschuss Jugend, Kultur und Soziales

Der Ausschuss hat pandemiebedingt nicht getagt. Die Vorsitzende, Gesche Krause (FBV), teilt wie folgt mit, dass die Arbeiten gemäß Förderantrag im Treenebad nun endlich begonnen hätten und sie sich sehr über jeden Fortschritt freue. Ebenso freut sie sich, dass der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt, Burkhard Beierlein (CDU), ihr dabei zur Seite stehe.

Breitbandzweckverband süd. NF
Stadtverordneter Walter Reimers (SPD) teilt mit, dass es zu langwierigen Verzögerungen kommen wird. Näheres dazu wird zeitnah in den Medien bekanntgegeben. Hier dürfe er dem Zweckverband nicht vorgreifen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Denkmalpflege und Umwelt, Burkhard Beierlein (CDU), verweist darauf, dass die Telekom aktuell einen Antrag für Tiefbaumaßnahmen gestellt habe, deren Inhalt der Anschluss an eine Breitbandleitung sei – und dies in einem Bereich, in dem grundsätzlich keine Förderung erfolge und wo eigentlich immer angeführt worden ist, dass zum Überwinden eines Gewässers ein Düker erforderlich sei, dessen Bau im Verhältnis zur Anschlussquote zu kostenintensiv wäre. Entsprechend wolle er sich hier einmal erkundigen, ob nicht doch eine Breitbandversorgung in denjenigen städtischen Bereichen erfolgen könne, die als schwarze Flecke und vermeintlich ausreichend versorgt gelten und nicht zur Förderkulisse gehören.

Es wird dringend ein Umdenken der Bundesregierung in Bezug auf die Förderung des Ausbaus gefordert. Wie könne es sein, so die Bürgermeisterin, dass die Altstadt als ausreichend versorgt gelte, aber dennoch die Kapazitäten nicht ansatzweise ausreichen würden. Die Pandemie zeige doch deutlich, dass hier dringend und unbürokratisch eine Optimierung erfolgen müsse. Mit den vorhandenen Kapazitäten könne z.B. der Altstadtbereich, der als schwarzer Fleck und damit ausreichend versorgt gelte, aktuell nicht auskommen und dies sei insbesondere in Hinsicht auf die Ansiedelung von selbständigen Tätigen und Familien mit Homeoffice-basierten Berufen, die auf den Empfang und Versand von hohen Datenmengen

Vorab-Entwurf ohne Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der Kommenden Sitzung!

angewiesen sind, alles andere als akzeptabel. Eine ausreichende Versorgung sei ein unverzichtbarer Standortfaktor.

23. Anfragen der Stadtverordneten

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD) teilt mit, dass sich die Leitung des ADS Kindergartens in der Brückenstraße bei ihm nach dem Stand der Planungen für einen Neubau erkundigt habe.

Die Vorsitzenden der beiden involvierten Ausschüsse, Bernd Güldenbpenning (FBV) und Gesche Krause (FBV), zeigen sich mehr als nur verwundert. Der ADS Grenzfriedensbund ist für die Beschäftigten des ADS Grenzfriedensbundes der entsprechende Ansprechpartner. Zudem befinden sich weder Gebäude, noch Grundstück im Eigentum der Stadt. Daher möge die Leitung ihre Anfrage bitte an den ADS Grenzfriedensbund richten.
In einem Gespräch mit dem ADS Grenzfriedensbund sei vereinbart worden, dass dieser ein Bodengutachten in Auftrag gibt und dann eine Planung mit dem von ihm beauftragten Architekten abstimmt. Nähere Informationen, wie z.B. das Ergebnis des Bodengutachtens, liegen der Stadt bislang nicht vor.

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD) erkundigt sich nach dem Sachstand „Kanutreppen Naturerlebnisraum“. Der zuständige Ausschussvorsitzende Burkhard Beierlein (CDU) teilt mit, dass hier vorerst die Böschung wieder hergestellt werden musste. Dafür musste das zuständige LKN.SH erst Kapazitäten einräumen, ehe dies durchgeführt werden konnte. Durch die neue Böschungsgestaltung kann jedoch die ursprüngliche Verankerung der Kanutreppen nicht mehr hergestellt werden, weil sich diese negativ auf die Böschung auswirkt und hier zu einer Auswaschung führt. Entsprechend war eine neue bauliche Planung erforderlich. Dies alles beansprucht leider Zeit. Er sei aber guter Dinge, dass die Bauarbeiten bald erfolgen können.
Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD) merkt in diesem Zusammenhang an, dass sich das Schild für die Kanueinsatzstellen an einer unglücklichen Position befände, weil so bislang der Steg der Rudergesellschaft zweckentfremdet werde. Michael Wohlert, Mitarbeiter des Bauhofes der Stadt Friedrichstadt, wird sich des Problems annehmen.

Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD) moniert, dass die Stadtverordneten bei der aktuellen Veröffentlichung zum Modellversuch in DIE WOCHE nicht eingebunden worden sind. Er bittet um Einbindung der Politik, damit sich diese eingehender mit den Schritten beschäftigen könne. Bürgermeisterin Christiane Möller-v.Lübcke teilt mit, dass es sich um eine Konzepterarbeitung durch die Stadtplanerin handelt und nicht um eine politische Erarbeitung. Hintergrund ist jener, dass bislang alle politischen Erarbeitungen gescheitert sind und man ja nun gerade mit der Einstellung von Nadja Skala eine anderweitige Sichtweise und Erarbeitung ausprobieren wollte. Ferner sollte es vermieden werden, dies vorab im politischen Raum zu diskutieren, damit Entscheidungsträger wie auch Einwohner*innen hier die gleiche Ausgangslage haben. Sie wird Nadja Skala aber dennoch darüber informieren.
Stadtverordneter Tobias Tietgen (SPD) fügt an, dass die politischen Vertreter aber letztlich immer direkte Ansprechpartner der Bevölkerung sind. Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke verweist aber darauf, dass die Bedenken der Bevölkerung bei Nadja Skala evaluiert werden, weshalb hier bitte auch an Frau Skala zu verweisen wäre.

Stadtverordneter Burkhard Beierlein erläutert, dass der Entwurf des Flyers zuvor an alle politischen Vertreter gegangen ist. Sie hatten davon Kenntnis. Die aktuelle Regelung, dass Einwohner und pol. Vertreter auf demselben Stand seien, ist richtig, um eine Gleichbehandlung in Bezug auf die Information zu gewährleisten.

Sitzungsentwurf Ausschussmitglieder Einwohnerinnen erst in der Sitzung!

Stadtverordneter Andreas Pruns (SSW) teilt mit, dass er den Flyer nicht erhalten habe. Ihm wird hier seitens der Stadtverordnetenversammlung widersprochen. Alle haben die Vorabversion erhalten.

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke betont, dass das Parkraumproblem kein politisches Problem, sondern ein Problem aller örtlicher Anlieger der Altstadt sei. Es dürfe nicht politisiert werden, weil dies den Bedürfnissen der einzelnen Betroffenen entgegenstehe.

Stadtverordneter Andreas Pruns (SSW) moniert, dass der Weg via Flyer falsch war. Die Stadtverordneten teilen diese Ansicht nicht ganz, sind aber zum Teil der Ansicht, dass die Flyer Aktion hätte besser kommuniziert werden können. Dies wurde aber nun durch die Umfrage und die Veröffentlichungen in DIE WOCHE und auf der Internetseite der Stadt korrigiert.
Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke teilt mit, dass sie sich nicht angesprochen fühle. Sie habe die Stadtverordneten vorab über die Flyer Aktion informiert. Diese hätten Zeit zur Rückmeldung gehabt, davon aber keinen Gebrauch gemacht. Sie halte gerne den Kopf hin, aber nicht für alles. Es gäbe Grenzen und für die Stadtverordneten seien Informationen auch eine Holschuld, zumal die Ansprechpartner im Rathaus allen bekannt sind.

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke bedankt sich bei der Öffentlichkeit für das Interesse und wünscht, dass jeder gesund bleiben möge.

Dann schließt sie die Öffentlichkeit für den weiteren Verlauf der Sitzung von der Teilnahme aus.

- Ende öffentlicher Teil -

Nicht öffentlich:

[…]

- Ende nicht-öff. Teil -

Die Öffentlichkeit wird hergestellt.

26. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Da nach Sichtung der Räumlichkeiten durch das Verwaltungspersonal keine Zuhörer*innen mehr anwesend sind, erfolgt die Bekanntgabe nur im Protokoll.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:
(Hinweis: Diese können nur benannt bzw. bekanntgegeben werden, solange dadurch kein Rückschluss auf personenbezogene Daten (Eigentumsverhältnisse, u.a.) möglich ist (Datenschutz).

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der nächsten Sitzung

Zu 24. Grundstücksangelegenheiten:

- Es wurde die Änderung einer Vertragsangelegenheit beraten und beschlossen.
- Es wurde über Abweichungen von den Vorgaben der Ortsgestaltung beraten und beschlossen.
- Es wurde über den Abriss und den Neubau der Lüttjen Brüch beraten und beschlossen. Der Abriss muss aus Gründen der Verkehrssicherung durchgeführt werden, weil die Brücke abgängig ist. Es ging hierbei u.a. um eine Koordination mit einer anderen Baumaßnahme, deren Zeitplan durch den Maßnahmenträger bislang noch nicht veröffentlicht worden ist und den die Stadt, da für diesen nicht verantwortlich, noch nicht veröffentlichen darf. Die Thematik berührte ferner nachbarschaftliche und eigentumsrechtliche Belange. Nach einer eingehenden Beratung, wurde Einigkeit darüber erzielt, dass die Brücke zum Stadtbild gehört. Die geschichtliche Verpflichtung zum Erhalt des Stadtbildes überwiegt die notwendigen Kosten. Deshalb ist ein Wiederaufbau in Abhängigkeit von der notwendigen Planung beschlossen worden. Hierfür ist über die Planungsmodalitäten beraten und beschlossen worden. Eine konkrete Kostenaufstellung wird im Rahmen der Planung in Auftrag gegeben. Fördermöglichkeiten sind zu prüfen.
- Das Stadtbüro in der Prinzenstraße wird aufgelöst, da der Mietvertrag nicht verlängert werden kann.

Zu 25. Finanz- und Personalangelegenheiten:

- Es wurde über eine Vereinsangelegenheit beraten und beschlossen.
- Es wurde über einen Sachverhalt im Rahmen der KiTa-Reform beraten und ein bestehender Beschluss bestätigt.
- Es wurde über die Modalitäten der Sondernutzungsgebühren anhand von konkreten Beispielen (Gewerbebetriebe) im Rahmen der Corona-Pandemie beraten und beschlossen.
- Es wurde in einer Pachtangelegenheit beraten und beschlossen.
- Es wurde über die dreitägige Nutzung der Freifläche des Treenebades durch einen Externen beraten und beschlossen.

Bürgermeisterin Christiane Möller-v. Lübcke bedankt sich bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und wünscht, dass jeder gesund bleiben möge.

Sie schließt die Sitzung um 21:55 Uhr.

Christiane Möller-v. Lübcke Bürgermeisterin	Femke Postel Protokollantin

Vorabveröffentlichung! Beschlussfassung über Einwendungen erfolgt erst in der nächsten Sitzung!